

Wasserstrategie des Kantons Aargau – Teil I

Ein ganzheitlicher Umgang mit
der Ressource Wasser



Handlungsfelder und Stossrichtungen

Die Wasserstrategie des Kantons Aargau basiert auf einem umfassenden Ansatz und berücksichtigt die komplexen Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und der Ressource Wasser. Die sieben Handlungsfelder der Strategie sind durch das Wasser verbunden und stehen miteinander im Austausch – ähnlich wie Inseln in einem gemeinsamen Gewässer. Unsere Handlungsfelder werden durch Kinder vorgestellt. Sie versinnbildlichen die kommenden Generationen, denen durch eine nachhaltige Bewirtschaftung auch künftig ausreichend Wasser in hoher Qualität zur Verfügung stehen soll.

Handlungsfeld I Wasserversorgung

Stossrichtungen

- I.a** Trinkwasserversorgungssicherheit planen und umsetzen
- I.b** Speicherlösungen und Brauchwassernutzung für Nicht-Trinkwasserzwecke ermöglichen
- I.c** Bewusstseinswandel für einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Wasser anstossen



Handlungsfeld II Wasserqualität der Oberflächengewässer und des Grundwassers

Stossrichtungen

- II.a** Bewusstsein für saubere Gewässer stärken
- II.b** Massnahmen durch das einzugsgebietsbezogene Oberflächengewässer-Monitoring unter Einbezug relevanter Akteursgruppen ableiten und umsetzen
- II.c** Gewässerbelastung durch Massnahmen an der Quelle begrenzen



Handlungsfeld III Umgang mit Trockenheit und Hochwasser

Stossrichtungen

- III.a** Koordination bei Trockenheit und Wasserknappheit verstärken
- III.b** Risikobasiertes Hochwassermanagement stärken



Handlungsfeld IV Energetische Nutzung des Wassers

Stossrichtungen

- IV.a** Energetisches Ausbaupotenzial aufzeigen, bewerten und gegebenenfalls nutzen
- IV.b** Ökologische Sanierung der Wasserkraft vorantreiben
- IV.c** Thermische Wassernutzung nachhaltig gestalten

Handlungsfeld V Wasser für Landwirtschaft und Industrie

Stossrichtungen

- V.a** Pufferfunktion der Böden stärken und landwirtschaftliche Wasserinfrastrukturen nachhaltig entwickeln
- V.b** Effiziente Prozesse und neue Technologien in der Wirtschaft fördern



Handlungsfeld VI Gewässer und Feuchtgebiete als Lebensräume

Stossrichtungen

- VI.a** Revitalisierung von Fließgewässern und Seeufern vorantreiben
- VI.b** Feuchtgebiete und Kleinstgewässer wiederherstellen



Handlungsfeld VII Wasserrückhalt und Wasserspeicherung

Stossrichtungen

- VII.a** Klimaangepasste Regenwasserbewirtschaftung vorantreiben
- VII.b** Gemeinden und Bauherrschaften in der Regenwasserbewirtschaftung unterstützen
- VII.c** Partizipation und Eigenverantwortung bei Wasserrückhalt und Wasserspeicherung verstärken

Herausgeber
Regierungsrat des Kantons Aargau

Realisation
Natalia Güdel-Krempaska, BVU ALG
Samuel Zahner, Tanja Engel, ECOPLAN AG
Martin Fritsch, EMAC

Lenkungsausschuss
Norbert Kräuchi, BVU ALG (Leitung)
Fabian Dietiker, BVU AW
Heiko Loretan, BVU AfU
Matthias Müller, DFR LWAG

Fachausschuss		
Fabian Arns, BVU AfU	Silvio Moser, BVU ALG	Anja Schmutz, DFR LWAG
Mirjam Brühlmann, BVU AfU	Irina Nüesch, DGS AVS	Jennifer Schollée, BVU AfU
Susette Burger, BVU ALG	Johanna Obrecht, BVU AfU	Corinne Stauffiger, BVU ARE
Lukas de Ventura, BVU AfU	Katrin Oser, BVU ARE	Reto Spörri, DFR LWAG
Sebastian Deininger, BVU AE	Florian Randegger, BVU AW	Christian Tesini, BVU AW
Peter Hänzli, DFR LWAG	Christian Rechsteiner, BVU ALG	Pascal Vogler, DFR LWAG
Luca Hoppler, BVU AW	Leonardo Rumpf, BVU ALG	Simon Werne, BVU ALG
Hansueli Keller, BVU ALG	Philippe Schärner, DFR LWAG	Stephanie Wettstein, AGV
Maja Kevic, BVU ALG	Hannah Schmalz, BVU AW	Christian Wohler, DFR LWAG
Christoph Mahr, BVU AfU	Corinne Schmid, BVU AW	Christoph Ziltener, DFR LWAG
Andreas Märki, BVU AfU	Ueli Schmid, BVU AW	

Grafische Umsetzung
Illustration: Kuno Strassmann (kun-st.ch)
Gestaltung und Layout: visävis Kommunikation AG

Kontakt
Departement Bau, Verkehr und Umwelt,
Abteilung Energie,
Entfelderstrasse 22, 5001 Aarau
Tel. 062 835 34 50

Legende	
BVU Departement Bau, Verkehr und Umwelt	LWAG Landwirtschaft Aargau
DFR Departement Finanzen und Ressourcen	AE Abteilung Energie
DGS Departement Gesundheit und Soziales	AVS Amt für Verbraucherschutz
ALG Abteilung Landschaft und Gewässer	ARE Abteilung Raumentwicklung
AW Abteilung Wald	AGV Die Aargauische Gebäudeversicherung
AfU Abteilung für Umwelt	

Copyright
© 2026 Kanton Aargau



Die UNO Agenda 2030 ist der globale Referenzrahmen für nachhaltige Entwicklung und der Bezugspunkt für die Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz.

Kernbestandteil sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Die Wasserstrategie des Regierungsrats trägt namentlich zur Erfüllung folgender Ziele bei:



Vorwort

Vorwort des Regierungsrats

Der Kanton Aargau, das Wasserschloss der Schweiz, zeichnet sich nicht nur durch ökologisch wertvolle Fluss- und Auenlandschaften aus, sondern auch als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Unser Wasser ist eine lebenswichtige Ressource – und zugleich Gegenstand unterschiedlicher, teils entgegengesetzter Interessen. Schutz, Nutzung und Bewirtschaftung der Gewässer erfordern deshalb eine übergeordnete und ausgewogene Betrachtung.

Die kantonale Wasserstrategie verfolgt das Ziel, von einer isolierten Betrachtung hin zu einem **ganzheitlichen, verantwortungsvollen und multifunktionalen Umgang mit der Ressource Wasser** zu gelangen. Sie schafft den Rahmen dafür, dass auch unter den Bedingungen von Klimawandel, Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung künftig ausreichend Wasser in hoher Qualität für Gesellschaft, Wirtschaft und Natur zur Verfügung steht.

Kern dieser Strategie ist ein Wassermanagement, das den **natürlichen Wasserkreislauf erhält**, Wasser bei Starkregen in natürlichen und technischen Speichern zurückhält und so die Risiken von Trockenheit und Hochwasser mindert. Naturnahe, vernetzte und möglichst schadstoffarme Gewässer bilden dabei eine widerstandsfähige Grundlage für die Trinkwasserversorgung von morgen, für die Biodiversität und für vielfältige Nutzungen wie Wasserkraft, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe.

Zudem setzt die Strategie auf **Effizienzsteigerungen in der Wassernutzung** in den erwähnten Sektoren. Gleichzeitig zählen auch private Haushalte zu den bedeutenden Wasserverbrauchern und verfügen insbesondere durch Regenwassernutzung sowie durch ein angepasstes Nutzungsverhalten über ein relevantes Einsparpotenzial. Für den Fall, dass es trotz aller Vorsorge zu Knappheit kommt, werden **klare Interventionskonzepte und Priorisierungen** entwickelt, um eine faire und gesetzeskonforme Verteilung sicherzustellen.

Die kantonalen Fachstellen stellen laufend sicher, dass die bestehenden Grundlagen, Programme und Vollzugsinstrumente (siehe Kapitel 2.4) mit den strategischen Zielen und Stossrichtungen der Wasserstrategie (siehe Übersicht auf Einstiegsdoppelseite) übereinstimmen und diese bei Bedarf angepasst werden.

Diese Ansätze bilden die Basis für eine zukunftsfähige Wassernutzung im Kanton Aargau. Damit das gelingt, braucht es ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten. Die departementsübergreifende Wasserstrategie bietet nicht nur eine verbindliche Orientierung für das heutige Handeln, sondern trägt auch dazu bei, die Lebensgrundlagen kommender Generationen zu sichern. Sie setzt das Ziel «integrales Wassermanagement» des Entwicklungsleitbilds. 2025-2034 um und dient sowohl den kantonalen Fachstellen als Rahmen zur Ausrichtung und Umsetzung konkreter Massnahmen als auch als gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und privaten Akteuren – denn nur **gemeinsam** lassen sich die komplexen Herausforderungen rund ums Wasser langfristig bewältigen.

Aufbauend auf den Handlungsfeldern und Stossrichtungen des vorliegenden ersten Teils der Wasserstrategie setzt der Kanton wirkungsvolle und wirtschaftliche Massnahmen im integralen Wassermanagement um. Diese werden im Massnahmenplan, dem zweiten Teil der Wasserstrategie, dokumentiert.



Regierungsrat Stephan Attiger,
Vorsteher Departement Bau, Verkehr
und Umwelt des Kantons Aargaus

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1. Ausgangslage und Handlungsbedarf	10
1.1 Hoher Druck auf die Gewässer und beeinträchtigte Wasserspeicherfähigkeit	11
1.2 Auswirkungen des Klimawandels	12
1.3 Herausforderungen und Lösungsansätze in Wald, Siedlungsraum und Offenland	14
2. Ziel und Funktionsweise der Wasserstrategie	16
2.1 Ganzheitliche kantonale Wasserstrategie (Teil I)	17
2.1.1 Langfristiger Zeithorizont	18
2.1.2 Übergeordnetes Ziel	18
2.2 Massnahmenplanung (Teil II)	19
2.3 An wen richtet sich die Wasserstrategie und wie wird sie umgesetzt?	19
2.4 Gesetzliche Rahmenbedingungen und Instrumente	20
2.5 Räumliche Rahmenbedingungen	26
3. Interessenabwägung und Priorisierung von Massnahmen	28
3.1 Umgang mit Zielkonflikten	29
3.2 Grundsatz «Vorbeugen vor Bewältigen»	29
3.3 Erste Priorität: Präventive Stabilisierung und funktionale Stärkung der wasserrelevanten Grundlagen	30
3.4 Zweite Priorität: Anpassung und Ausbau der Infrastruktur	32
3.5 Dritte Priorität: Bewältigung bei Extremwetterereignissen	32
4. Umsetzung	34
4.1 Zielvorgaben	35
4.2 Finanzierung der Massnahmen	35
4.3 Partizipation und Zusammenarbeit	35
4.4 Berichterstattung	36
5. Anhang: Entwicklungen, Chancen und Risiken für das Wassermanagement	38

Hinweis:

Für einen ganzheitlichen und strategischen Umgang mit der Ressource Wasser wurden zwei aufeinander abgestimmte Dokumente erarbeitet, die sowohl die strategische Ausrichtung als auch die praktische Umsetzung über die definierten Stossrichtungen klar und nachvollziehbar darstellen.

– Die **übergeordnete Strategie** (vorliegendes Dokument) vermittelt die Ziele, Funktionsweise sowie die Grundsätze dazu und dient als Leitlinie für Behörden und Politik.

– Die **Beilage zur Strategie** ergänzt dies mit den Handlungsfeldern, Stossrichtungen und konkreten Handlungs- und Umsetzungsmöglichkeiten für Fachpersonen.

1. Ausgangslage und Handlungsbedarf

1.1 Hoher Druck auf die Gewässer und beeinträchtigte Wasserspeicherfähigkeit

Der Kanton Aargau liegt im Zentrum des Wasserschlusses Schweiz: Mit Aare, Rhein, Reuss und Limmat prägen vier grosse Flüsse das Kantonsgebiet und bilden die Grundlage für eine vielfältige Wassernutzung¹. Dieser ausgeprägte Wasserreichtum charakterisiert den Kanton Aargau mit seinen ökologisch wertvollen Flusslandschaften als Wasser- und Auen-

kanton schlechthin. Dies ist ein zentrales Merkmal des Aargaus und zugleich eine Verpflichtung. Gleichzeitig weist der Kanton Aargau einen bedeutenden Anteil an landwirtschaftlich genutzten Flächen auf und ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, wodurch Nutzung und Schutz der Ressource Wasser eng miteinander verknüpft sind (siehe Abbildung 1).

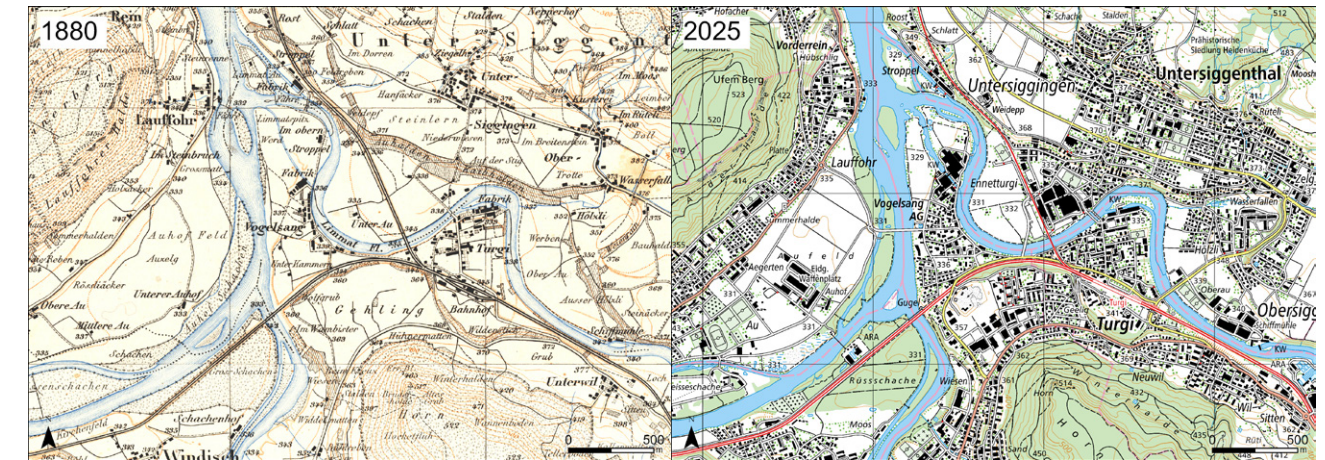


Abbildung 1: Steigender Nutzungsdruck beim Aargauer Wasserschluss, 1880 vs. 2025: Wachstum der Siedlungsfläche und zunehmende Infrastruktur, Ackerbau, bedeutende Grundwasserfassungen für die gesamte Region, Naturschutzgebiet und Naherholungsraum an Gewässern. © Kanton Aargau.

Die Produktivität der Landwirtschaft und der industriellen Produktion steigt fortlaufend. Durch das Bevölkerungswachstum und den Klimawandel steigt der Bedarf an Trink- und Brauchwasser, was den Druck auf unsere Gewässer und das Grundwasser weiter erhöht². Auch private Haushalte tragen als relevante Nutzergruppe wesentlich zum Wasserverbrauch bei und beeinflussen damit die Gesamtnachfrage zusätzlich. Die Einträge neuer, teils schädlicher Stoffe belasten die Wasserqualität, was nicht nur die Nutzung, sondern auch die aquatischen Lebensräume gefährdet³.

Zudem haben die flächendeckende Entwässerung von Landschaften, die Versiegelung von Böden sowie die Begradigung von Fliessgewässern, welche im letzten Jahrhundert vorangetrieben wurden, neben ihren positiven Effekten für die menschlichen Zwecke auch zu einer erheblichen Reduktion der natürlichen Wasserspeicherfähigkeit geführt. Besonders die Tiefenerlegung von Gewässern hat das Grundwasserspeichervermögen verringert⁴.

Diese Entwicklungen verdeutlichen die zunehmenden Nutzungskonflikte und den steigenden Handlungsbedarf im Umgang mit der Ressource Wasser, wie er sich auch aus den im Anhang dargestellten Entwicklungen, Chancen und Risiken ergibt (siehe Kapitel 5, Anhang).

¹ Auenschutzpark Aargau – Das Wasserschluss, 2015

² Nachhaltigkeitsbericht Kanton Aargau, 2024; Grundlagenbericht WRM-Kantone 2025

³ Wasserqualität der Fliessgewässer, BAFU

⁴ Zustandsbericht Gewässer der Schweiz, BAFU, 2022; Hochwasser an den Jura- und Aargauer Seen, BAFU; Faktenblatt 5: Vorschläge zur Optimierung auf dem Prüfstand: Weitgehend ausgeschöpfter Spielraum, BAFU, 2023

1.2 Auswirkungen des Klimawandels

Diese Veränderungen werden durch den Klimawandel weiter verstärkt. Wetterextreme wie Trockenheit, Hitzewellen und Starkniederschläge haben bereits spürbar zugenommen und werden künftig noch häufiger auftreten (siehe Abbildung 2)⁵.

Der Wasserkreislauf im Kanton Aargau ist besonders betroffen. Während die vier grossen Flüsse ein überregionales Einzugsgebiet haben, sind viele kleinere Fliessgewässer im Kanton stark von lokalen Niederschlägen abhängig und werden durch die Verdunstung beeinflusst. Der Rückgang der Sommerniederschläge und die steigenden Temperaturen führen in den Sommer- und Herbstmonaten zu einem deutlichen Abflussrückgang⁶. Dies zeigt die zeitliche Entwicklung in Abbildung 3 am Beispiel der Bäche Bünz und Suhre anhand

der mittleren Niedrigwasser-Abflusswerte (Q347). Diese Veränderungen im Wasserkreislauf haben weitreichende Auswirkungen auf die Wassernutzung, das Auftreten wasserbedingter Naturgefahren und die Gewässerökosysteme, wie die Klimaszenarien CH2025 zeigen (siehe Tabelle 1). Für die Wasserkraft bedeutet der häufigere und längere Niedrigwasserzustand insbesondere in den Sommermonaten eine Einschränkung der Stromproduktion und eine Zunahme von Nutzungskonflikten aufgrund einzuhaltender Mindestabflüsse. Gleichzeitig verschlechtern sich die ökologischen Bedingungen in den Gewässern durch erhöhte Wassertemperaturen, geringeren Sauerstoffgehalt und den Verlust von Lebensräumen, was insbesondere empfindliche Fischarten beeinträchtigt (siehe Kapitel 5, Anhang).

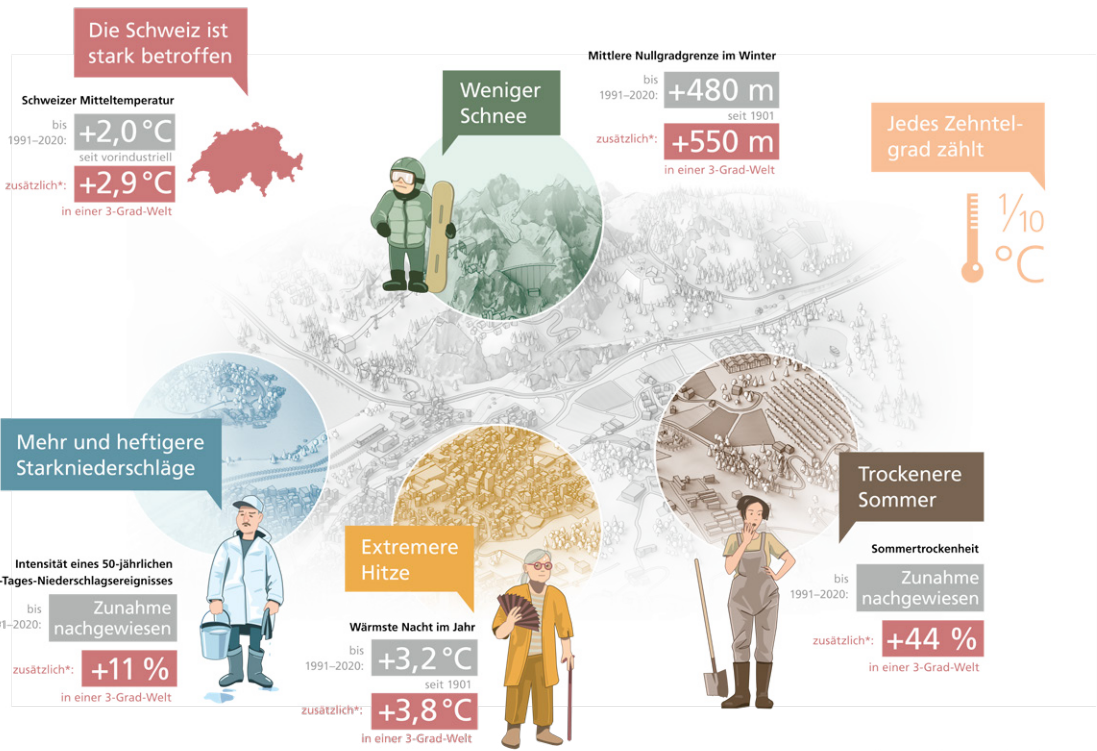


Abbildung 2: Bereits beobachtete Auswirkungen des Klimawandels gemäss den Schweizer Klimaszenarien CH2025. © MeteoSchweiz & ETH Zürich

⁵ MeteoSchweiz & ETH Zürich (2025): Klima CH2025 - Klimazukunft Schweiz. Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie Meteo-Schweiz

⁶ BAFU/NCCS, Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt der Schweiz, Fliessgewässer, 2024

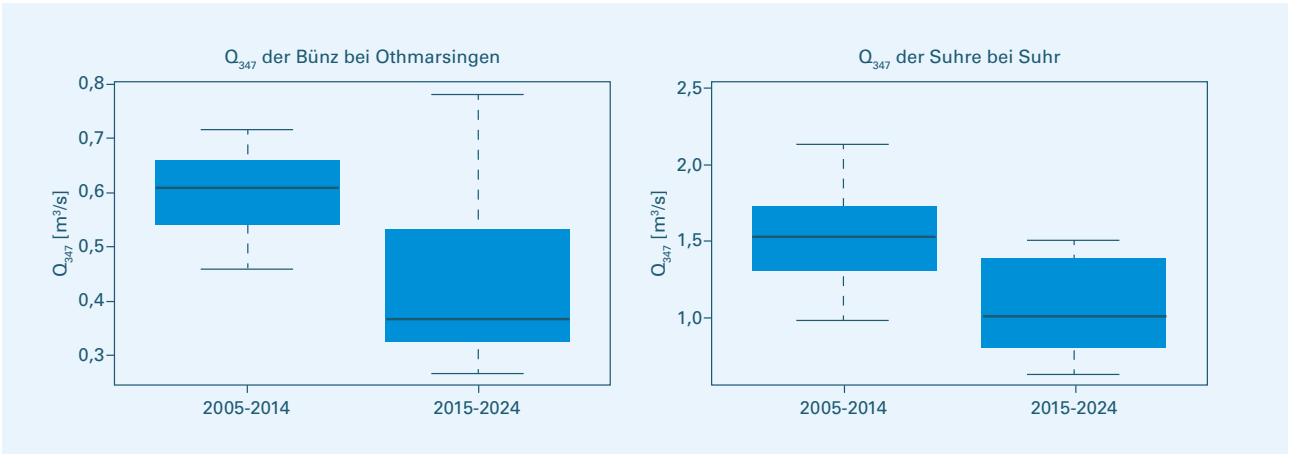


Abbildung 3: Auswirkungen des Klimawandels und der Trockenheit auf den Niedrigwasser-Abfluss (Q347) der Bäche Bünz und Suhre im Kanton Aargau. Die zeitliche Entwicklung über jeweils 10 Jahre zeigt im Mittel einen deutlichen Rückgang des Q347 auf. Datenquelle: Kanton Aargau.

Wassernutzung	Wasserbedingte Naturgefahren	Gewässerökosysteme
Zunehmender Wasserbedarf für Trink- und Brauchwasser infolge häufiger und intensiver Hitzeperioden	Häufigere und intensivere Hochwasserereignisse infolge zunehmender Starkniederschläge	Zusätzlicher Stress auf aquatische Lebensgemeinschaften durch Trockenheit und steigende Wassertemperaturen
Verstärkte Konflikte zwischen verschiedenen Nutzungsansprüchen während Trockenheit	Zunahme von Oberflächenabfluss und lokalen Überflutungen bei kurzen, intensiven Niederschlägen	Häufigeres periodisches Austrocknen kleiner Fliessgewässer mit Verlust von Lebensräumen
Erschwerte Verdünnung und damit Bereitstellung von einwandfreiem Trinkwasser	Erhöhtes Risiko von Erosion, Rutschungen und Murgängen bei Starkregen	Abnehmende ökologische Vernetzung durch unterbrochene Gewässerkontinuität
Zunehmender Bewässerungsbedarf in Sommermonaten	Zunahme von Trockenheits- und Hitzestress als kombinierte Naturgefahr (Dürre)	Schlechtere Verdünnung bei der Einleitung von Abwasser in Vorfluter
Häufigere Einschränkungen von Wasserentnahmen für Landwirtschaft und Industrie	Veränderung der saisonalen Abflussregime mit höherem Hochwasserrisiko im Winter	Verschlechterung der Wasserqualität durch geringere Verdünnung und höhere Temperaturen
Veränderung der Stromproduktion aus Wasserkraft (tendenziell geringere Sommer- und höhere Winterproduktion)	Zunahme von Niedrigwasserperioden mit Auswirkungen auf Wasserkraft und Ökologie	Beeinträchtigung von Feuchtgebieten durch sinkende Grundwasserstände
Reduzierte Kühlkapazität der Gewässer	Höhere Belastung von Schutzbauten und Entwässerungssystemen	Erhöhte Belastung der Gewässer durch Abwassereinleitungen bei Niedrigwasser
Zeitweise Absenkung des Grundwasserspiegels infolge geringerer Neubildung und höherer Entnahmen		

Tabelle 1: Indirekte Auswirkungen des Klimawandels auf die Wassernutzung, wasserbedingte Naturgefahren und Gewässerökosysteme basierend auf den Klimaszenarien CH2025 (MeteoSchweiz & ETH Zürich)

1.3 Herausforderungen und Lösungsansätze in Wald, Siedlungsraum und Offenland

Viele der beschriebenen Herausforderungen lassen sich nicht mehr sektoriell oder isoliert lösen. In diesem Rahmen wurden daher verschiedene gesellschaftliche, ökologische und technologische Entwicklungen beleuchtet (siehe Kapitel 5, Anhang). Diese wirken häufig gleichzeitig und können sich gegenseitig beeinflussen und erhöhen die Komplexität der Anforderungen an die Wasserbewirtschaftung, was integrierte und systemische Lösungsansätze erforderlich macht. Es braucht eine ganzheitliche Strategie, die Zielkonflikte frühzeitig erkennt, Interessen abwägt und die Zusammenarbeit zwischen Kanton, Gemeinden und privaten Akteursgruppen gezielt fördert⁷. Zentral ist es, die Wasserbewirtschaftung neu zu denken, hin zu mehr Wasserrückhalt und Wasserspeicherung im Einzugsgebiet (zum Beispiel mit Retentionssystemen oder smarten Drainagen). Nur so lässt sich die langfristige Versorgungssicherheit gewährleisten, ökologische Funktionen erhalten und klimabedingten Risiken wirksam begegnen⁸.

Die kantonale Wasserstrategie schafft die Grundlage für ein vorausschauendes und integrales Wassermanagement, das Chancen nutzt, Risiken minimiert sowie eine koordinierte Entwicklung unterstützt und ermöglicht.

Zur Umsetzung der Strategie braucht es die Beiträge aller Landschaftsräume. Der **Wald** leistet dabei einen wichtigen Beitrag zum Wasserhaushalt und zur Grundwasserneubildung, indem er Niederschläge zurückhält und langsam an Boden und Grundwasser abgibt. Ein Grossteil der Quellen⁹ sowie kantonale Grundwasserschutzareale¹⁰ und -zonen¹¹ befinden sich im Wald. Die Erhaltung der Waldfläche ist für den natürlichen Wasserkreislauf deshalb von zen-

traler Bedeutung. In Zukunft kommt dem Wald eine noch wichtigere Rolle für den Wasserhaushalt zu. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags des Regierungsrats zur Aargauischen Volksinitiative «Gewässer-Initiative Kanton Aargau – Mehr lebendige Feuchtgebiete für den Kanton Aargau» hat der Grosse Rat entschieden, dass bis zum Jahr 2040 im Wald 300 Hektaren neue Feuchtgebiete geschaffen werden sollen¹².

Landwirtschaftsgebiete und weiteres Offenland sind ebenfalls wichtige Bestandteile für den natürlichen Wasserkreislauf, da sie sowohl den Bodenwasserhaushalt als auch die Versickerung, Speicherung und den Abfluss von Niederschlagswasser beeinflussen¹³. Landwirtschaftliche Flächen benötigen eine ausreichende Wasserversorgung sowie einen funktionierenden Wasserabfluss, die durch die zunehmenden Wetterextreme teilweise gefährdet sind. Mit der Wasserstrategie sollen der Bodenwasserhaushalt optimiert und die Wasserinfrastrukturen zukunftsgerichtet weiterentwickelt werden. Gleichzeitig sollen feuchte Gebiete gezielt erhalten, aufgewertet oder gemäss indirektem Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Aargauischen Volksinitiative «Gewässer-Initiative Kanton Aargau – Mehr lebendige Feuchtgebiete für den Kanton Aargau» neu geschaffen werden, um den Wasserrückhalt in der Landschaft zu erhöhen, die Grundwasserneubildung zu unterstützen und ökologische Funktionen zu stärken. Ergänzend ist es erforderlich, die stofflichen Einträge aus verschiedenen Quellen in ober- und unterirdische Gewässer weiter zu reduzieren, um die Wasserqualität zu erhalten.

Im **Siedlungsraum** liegt der Fokus auf der Förderung des Regenwassermanagements und grüner Infrastruktur. Dadurch können versiegelte Flächen reduziert, die Versickerung von Niederschlägen verbessert und der lokale Wasserhaushalt stabilisiert werden. Besonders wichtig ist der gezielte Umgang mit Starkniederschlägen. Oberflächenwasser soll so gelenkt werden, dass Notflutwege geschaffen und Flächen multifunktional genutzt werden können. Ein ressourcenschonender Umgang mit Wasser ermöglicht zudem, dass Haushalte sowie Industrie und Gewerbe aktiv zur Umsetzung der Wasserstrategie beitragen. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Einträge von Schadstoffen wie Medikamente, PFAS und weitere relevante Stoffe in ober- und unterirdische Gewässer weiter zu reduzieren. Aus Haushalten, Industrie und Gewerbe gelangen Industriechemikalien, Pflanzenschutzmittel, Medikamente, Nährstoffe und weitere Stoffe sowie Wärme via Abwasser in die Gewässer und belasten diese. Mit einer Kombination von Begrenzung der Emissionen an der Quelle, Begrenzung der Wärmeeinleitung, Ausbau der Abwasserbehandlungsanlagen und Regionalisierung wird insbesondere die Qualität der kleinen und mittelgrossen Gewässer verbessert.

⁷ Grundlagenbericht WRM-Kantone 2025

⁸ BAFU, Einzugsgebietsmanagement, 2019

⁹ Zudem befinden sich 89.5% der kartierten Quell-Lebensräume in natürlichem Zustand im Wald (Aargauer Quelleninventar, 2024)

¹⁰ 75% der kantonalen Grundwasserschutzareale, Berechnung aus Agis-Daten

¹¹ 55% der kantonalen Grundwasserschutzzonen, Berechnung aus Agis-Daten

¹² Geschäft 24.184, Botschaft an den Grossen Rat vom 19.06.2024, Indirekter Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Aargauischen Volksinitiative «Gewässer-Initiative Kanton Aargau – Mehr lebendige Feuchtgebiete für den Kanton Aargau»

¹³ Spreafico, M., & Weingartner, R.; Hydrologie der Schweiz, BAFU, 2005

2. Ziel und Funktionsweise der Wasserstrategie

2.1 Ganzheitliche kantonale Wasserstrategie (Teil I)

Mit dem vorliegenden Dokument und der dazugehörigen Beilage präsentiert der Regierungsrat den ersten Teil der kantonalen Wasserstrategie. Aufbauend auf den nachfolgenden Handlungsfeldern und Stossrichtungen wird der Kanton wirkungsvolle und wirtschaftliche Massnahmen im integralen Wassermanagement umsetzen und diese im Massnahmenplan, dem zweiten Teil der Wasserstrategie, dokumentieren. Damit die Wasserstrategie einen ganzheitlichen Rahmen bilden kann, müssen die verschiedenen Nutzungs- und Schutzbedürfnisse an die Gewässer und Feuchtgebiete berücksichtigt werden. Die Wasserstrategie stützt sich dabei auf das Konzept der integralen Wasserwirtschaft des Bundes und der Wasseragenda 21¹⁴, welche die

drei Pfeiler **Wasser nutzen**, **Schutz vor dem Wasser** und **Wasser schützen** gleichermassen berücksichtigt. Die Wassernutzung ist vielfältig und muss gut geregelt werden. Für die Versorgungssicherheit hat Priorität, dass ausreichend Wasser für Menschen und Tiere, die Landwirtschaft, die Wirtschaft und die Energiegewinnung zur Verfügung steht. Gleichzeitig müssen Menschen und Infrastruktur vor Hochwasser und Starkregen sowie vor Trockenheit geschützt werden. Ebenso zentral ist der Schutz der Gewässer und Feuchtgebiete, damit ihre ökologischen Funktionen und die Biodiversität erhalten bleiben (siehe Abbildung 4).



Abbildung 4: Multifunktionale Ressource Wasser mit den drei Pfeilern «Wasser nutzen», «Schutz vor dem Wasser» und «Wasser schützen» (Adaptiert von Wasseragenda 21).

¹⁴ Forum und Netzwerk der Akteure der Schweizer Wasserwirtschaft

2.1.1 Langfristiger Zeithorizont

Die kantonale Wasserstrategie ist auf den Zeithorizont 2040 ausgerichtet und dient als langfristige Orientierung für den Umgang mit den Gewässern und der Ressource Wasser. Sie zeigt auf, wie der Kanton den künftigen Herausforderungen vorausschauend und verantwortungsvoll begegnen will. Die Strategie umfasst eine übergeordnete Vision sowie sieben Handlungsfelder. Diese Handlungsfelder strukturieren die strategischen Schwerpunkte der Wasserpolitik. Für jedes Handlungsfeld werden zwei bis drei Stossrichtungen mit jeweils einem klar definierten Ziel festgelegt (siehe Übersicht auf Einstiegsdoppelseite). Die Beilage zur Wasserstrategie konkretisiert diese Stossrichtungen und beschreibt die Handlungsmöglichkeiten des Kantons. Die Strategie definiert zudem die Rahmenbedingungen und Grundsätze zur Interessenabwägung und Priorisierung (siehe Kapitel 3), welche in der Umsetzung zu berücksichtigen sind.

Mit dem Beschluss durch den Regierungsrat werden die Wasserstrategie und der nachfolgende Massnahmenplan zur Leitplanke für die kantonale Verwaltung. Die zuständigen Fachstellen werden beauftragt, die im zweiten Teil der Wasserstrategie (voraussichtlich 2027) vom Regierungsrat zu beschliessenden Massnahmen in den jeweiligen Handlungsfeldern umzusetzen. Dies erfolgt im Rahmen der ordentlichen Budgetierungsprozesse, unter Einhaltung des geltenden Bundes- und Kantonsrechts sowie der verfügbaren Ressourcen (siehe Kapitel 2.2).

Die Ziele des integralen Wassermanagements lassen sich nur unter Einbezug aller Akteure erreichen. Der Kanton Aargau arbeitet für die Umsetzung der Wasserstrategie partnerschaftlich mit den Gemeinden, der Wirtschaft, dem Bund und weiteren Anspruchsgruppen zusammen, um optimale Lösungen zu finden und Chancen zu nutzen.

2.1.2 Übergeordnetes Ziel

Das übergeordnete Ziel wird in 18 Unterzielen genauer differenziert (siehe Beilage zur Wasserstrategie).

Übergeordnetes Ziel der Wasserstrategie:
Der Kanton Aargau gewährleistet einen verantwortungsvollen Umgang mit der begrenzten Ressource Wasser, um ihre Funktion als Lebensgrundlage, als Voraussetzung für die Versorgungssicherheit, als wirtschaftlicher Produktionsfaktor und als ökologischer Lebensraum dauerhaft zu sichern und den zunehmenden wasserbedingten Risiken proaktiv zu begegnen.

Zweck der Wasserstrategie:
Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt die Wasserstrategie, aufbauend auf der bisherigen Praxis, einen ganzheitlichen und verantwortungsvollen Umgang mit den Gewässern und der Ressource Wasser. Sie schafft damit einen geeigneten Rahmen für den multifunktionalen Umgang mit der Ressource Wasser und das Management der damit verbundenen Herausforderungen.

2.2 Massnahmenplanung (Teil II)

Die kantonalen Fachstellen definieren in einem noch zu erarbeitenden zweiten Teil der Strategie geeignete Massnahmen. Aufbauend auf den Handlungsfeldern, den Stossrichtungen und den Zielsetzungen setzt der Kanton wirkungsvolle und wirtschaftliche Massnahmen um und kommt damit auch seiner Vorbildfunktion nach. Der Massnahmenplan versteht sich als rollendes

Instrument, welches regelmässig aktualisiert wird im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen. Er konkretisiert insbesondere die Handlungsmöglichkeiten des Kantons in konkrete Projekte und Meilensteine und regelt die Zuständigkeiten sowie den Einbezug externer Stakeholder. Eine erstmalige Veröffentlichung des Massnahmenplans ist für 2027 vorgesehen.

2.3 An wen richtet sich die Wasserstrategie und wie wird sie umgesetzt?

Die kantonale Wasserstrategie richtet sich an alle Akteurinnen und Akteure, die sich mit dem Umgang mit Wasser im Kanton Aargau befassen oder daran interessiert sind. Das sind Behörden, Fachstellen, Gemeinden, private Organisationen sowie Wirtschaft und Haushalte.

Die Wasserstrategie ist eine regierungsrätliche Vorgabe für den Umgang mit der Ressource Wasser. Die kantonalen Fachstellen berücksichtigen diese bei der Interessenabwägung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Neben der Umsetzung konkreter Projekte und Massnahmen stellen die kantonalen Fachstellen langfristig sicher, dass die rechtlichen Grundlagen, Programme und Vollzugsinstrumente (zum Beispiel kantonaler Richtplan, siehe Kapitel 2.4) mit den Stossrichtungen und Zielen der Wasserstrategie kompatibel sind (Unterziele gemäss Beilage zur Wasserstrategie) und passen diese bei Bedarf an.

Für Gemeinden, Private und Dritte dient die kantonale Wasserstrategie als Orientierungshilfe. Sie zeigt auf, an welchen Grundsätzen und Zielen sich die kantonalen Behörden ausrichten. Das schafft Planungssicherheit und erleichtert das Verständnis behördlicher Entscheide. Mit einer nachgelagerten Berücksichtigung spezifischer Themen der Wasserstrategie im Richtplan in Form von Planungsgrundsätzen oder Planungsanweisungen können diese für Gemeinden behördenverbindlich durch den Grossen Rat festgelegt werden.

Den **Gemeinden** kommt eine **zentrale Rolle** zu. Sie verfügen im Bereich der Wasserwirtschaft über zahlreiche Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und wich-

tige Handlungsmöglichkeiten (siehe Tabelle 2). Die Wasserstrategie unterstützt deshalb die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden, ohne die bestehende Aufgabenteilung zu verändern. Sollte sich zeigen, dass diese Aufgaben von einer Verwaltungsebene nicht angegangen werden können oder im Sinne der Effektivität neu geregelt werden sollen, sind Fragen der Neuordnung der Zuständigkeiten – im Sinne der effektiven Governance – im Rahmen der Massnahmenplanung zu erörtern und gemeinsam umzusetzen.

Auch **Private, Gewerbe, Industrie, Verbände und weitere Akteursgruppen** sind Teil der Umsetzung der Strategie. Tabelle 2 zeigt, welche Handlungsmöglichkeiten den verschiedenen Akteursgruppen offenstehen. So kann beispielsweise jede und jeder Einzelne zur Umsetzung der Wasserstrategie beitragen, sei dies durch einen sparsamen Umgang (siehe Stossrichtung I.c), durch die Wahl von Produkten, welche die Wasserqualität schonen (siehe Stossrichtung II.c) oder durch den Wasserrückhalt im eigenen Garten; zum Beispiel durch Versickerung oder Regenwassernutzung (siehe Stossrichtung VII.c; siehe Übersicht auf Einstiegsdoppelseite).

Für eine erfolgreiche Umsetzung ist der regelmässige Austausch mit den relevanten Anspruchsgruppen entscheidend. Bereits bei der Erarbeitung der Strategie wurde eine Begleitgruppe bestehend aus Gemeinden, Verbänden und Forschung einbezogen. Diese Zusammenarbeit wird für die Entwicklung des Massnahmenplans und die weitere Umsetzung gezielt weitergeführt und ausgebaut.

Handlungsfelder & Stossrichtungen

Relevanz	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-
Handlungsfeld I: Wasserversorgung																					
I.a Trinkwasserversorgungssicherheit planen und umsetzen	++			++					-			-			-			-			-
I.b Speicherlösungen und Brauchwassernutzung für Nicht-Trinkwasserzwecke ermöglichen	++				+		++				+				-		+			+	
I.c Bewusstseinswandel für einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Wasser anstossen	++			++			++			++					-	++			++		
Handlungsfeld II: Wasserqualität der Oberflächengewässer und des Grundwassers																					
II.a Bewusstsein für saubere Gewässer stärken	++			++			++			++					-	++			++		
II.b Massnahmen durch das einzugsgebietsbezogene Oberflächengewässer-Monitoring unter Einbezug relevanter Akteursgruppen ableiten und umsetzen	++			++			++			++					-			-			-
II.c Gewässerbelastung durch Massnahmen an der Quelle begrenzen	++				+		++			++					-		+			+	
Handlungsfeld III: Umgang mit Trockenheit und Hochwasser																					
III.a Koordination bei Trockenheit und Wasserknappheit verstärken	++			++				+			+				-			-		+	
III.b Risikobasiertes Hochwassermanagement stärken		+			+			+				-			-		+				-
Handlungsfeld IV: Energetische Nutzung des Wassers																					
IV.a Energetisches Ausbaupotenzial aufzeigen, bewerten und gegebenenfalls nutzen			-			-					+			+				-			-
IV.b Ökologische Sanierung Wasserkraft vorantreiben			-			-						-	++					-			-
IV.c Thermische Wassernutzung nachhaltig gestalten			-			-				++			++					-			-
Handlungsfeld V: Wasser für Landwirtschaft und Industrie																					
V.a Pufferfunktion der Böden stärken und landwirtschaftliche Wasserinfrastruktur nachhaltig entwickeln		+			+		++					-			-			-			-
V.b Effiziente Prozesse und neue Technologien in der Wirtschaft fördern			-			-		+		++					-			-			-
Handlungsfeld VI: Gewässer und Feuchtgebiete als Lebensräume																					
VI.a Revitalisierung von Fliessgewässern und Seeufern vorantreiben	++			++				+				-			-			-			-
VI.b Feuchtgebiete und Kleinstgewässer wiederherstellen	++			++				+				-			-			-			-
Handlungsfeld VII: Wasserrückhalt und Wasserspeicherung																					
VII.a Klimangepasste Regenwasserbewirtschaftung vorantreiben	++			++			++				+				-		+				-
VII.b Gemeinden und Bauherrschaften in der Regenwasserbewirtschaftung unterstützen	++				+			+				-			-	++					-
VII.c Partizipation und Eigenverantwortung bei Wasserrückhalt und Wasserspeicherung verstärken		+			+			+		++					-	++			+		

Tabelle 2: Übersicht der Handlungsmöglichkeiten der Zielgruppen ausserhalb der kantonalen Verwaltung
(++ gewichtige Handlungsmöglichkeiten, + geringe Handlungsmöglichkeiten, - kaum Handlungsmöglichkeiten)

Akteursgruppen (ausserhalb der kantonalen Verwaltung)

Gemeinden (inkl. Wasser- versorger, ARA)	Regional- planungsver- bände (Replas)	Landwirtschaft	Industrie & Gewerbe	Energiewirt- schaft	Liegenschafts- besitzer/-innen, Bauherrschaft	Konsumierende (Haushalte)
--	---	----------------	------------------------	------------------------	---	------------------------------

versorger, ARA)			bände (Replas)			Bauherrschaft														
++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-	++	+	-
++			++					-			-			-			-			-
++				+		++				+				-		+			+	
++			++			++			++					-	++			++		
++			++			++			++					-	++			++		
++			++			++			++					-			-			-
++				+		++			++					-		+			+	
++			++				+			+				-			-		+	
	+			+			+				-			-		+				-
		-			-					+			+				-			-
		-			-						-	++					-			-
		-			-				++			++					-			-
	+			+		++					-			-			-			-
		-			-		+		++					-			-			-
++			++				+				-			-			-			-
++			++				+				-			-			-			-
++			++			++				+				-		+				-
++				+			+				-			-	++					-
	+			+			+		++					-	++			+		

2.4 Gesetzliche Rahmenbedingungen und Instrumente

Verschiedene internationale Abkommen, die Bundes- und Kantonsverfassung sowie eidgenössische und kantonale Gesetzgebungen geben den rechtlichen Rahmen vor, innerhalb dessen sich die Wasserstrategie bewegt¹⁵. Die Tabellen 3 und 4 geben einen Überblick der wichtigsten Gesetzgebungen für die sieben Handlungsfelder der Wasserstrategie. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben kann zu Zielkonflikten führen. Diese sind in Kapitel 3.1 und in den Handlungsfeldern (siehe Beilage zur Wasserstrategie) genauer beschrieben.

Die gesetzlichen Vorgaben werden in zahlreichen **Strategien, Konzepten und Vollzugsinstrumenten** konkretisiert (siehe Tabelle 5). Sie bilden zum ei-

nen die Grundlage für die aktuelle Vollzugspraxis im Wassermanagement des Kantons Aargau. Zum anderen stellen sie wichtige Ansatzpunkte für die Umsetzung der Wasserstrategie dar, indem Wechselwirkungen aufgezeigt und bei künftigen Überarbeitungen aufeinander abgestimmt werden.

Wichtige Schnittstellen bestehen unter anderem mit der Klimastrategie¹⁶, der Umweltstrategie¹⁷ und der Strategie Landwirtschaft Aargau 2030¹⁸ des Regierungsrats sowie der kantonalen Energiestrategie¹⁹ (siehe Tabelle 5). Diese Strategien liefern jeweils relevante Anhaltspunkte und Orientierungshilfe, die bei der Umsetzung der Wasserstrategie berücksichtigt werden.

Eidgenössische Gesetzgebung	Abkürzung	HFI	HFII	HFIII	HFIV	HFV	HFVI	HFVII
Bundesverfassung	BV	•	•	•	•	•	•	•
Altlastenverordnung	AltIV	•	•			•	•	
Abfallverordnung	VVEA	•	•			•	•	
Bodenschutzverordnung	VBBö	•	•			•	•	
Chemikalienrisikoreduktionsverordnung	ChemRRV		•					
Direktzahlungsverordnung	DVZ		•			•	•	
Energiegesetzgebung	EnG, EnV				•	•		•
Fischereigesetzgebung	BGF,VBGF			•	•		•	
Freisetzungsverordnung	FrSV		•					
Gewässerschutzgesetzgebung	GSchG GSchV	•	•	•	•	•	•	•
Jagdschutzgesetzgebung	JSG, JSV						•	
Landesversorgungsgesetz	LVG	•			•	•		•
Landwirtschaftsgesetz	LWG					•	•	•
Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände-gesetzgebung	LMG, LGV	•	•			•		
Natur- und Heimatschutzgesetzgebung	NHG, NHV			•			•	•
Raumplanungsgesetzgebung	RPG RPV	•	•	•	•	•	•	•
Stromgesetzgebung	Strom-VG, StromVV				•			
Strukturverbesserungsverordnung	SVV					•		
Umweltschutzgesetz	USG		•					
Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen	TBDV	•	•					
Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in schweren Mangellagen	VTM	•		•		•		
Waldgesetzgebung	WaG, WaV			•			•	•
Wasserbaugesetzgebung	WBG, WBV			•			•	
Wasserrechtsgesetz	WRG				•			
Wasserwirtschaftsgesetz	WWG	•	•	•	•	•	•	

Tabelle 3: Eidgenössische Gesetze und Verordnungen mit Regelungen zum Thema Wasser entlang der sieben Handlungsfelder, welche für die Wasserstrategie von hoher Relevanz sind.

¹⁵ Vgl. u. a. [Übereinkommen von Paris](#), [UNECE-Wasserkonvention](#), [Ramsar-Konvention](#); [Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft](#) (Art. 73, 74, 76 BV); [Verfassung des Kantons Aargau](#)

¹⁶ [Klimakompass - Kanton Aargau](#)

¹⁷ [Strategie - umweltAARGAU](#)

¹⁸ [Strategie Landwirtschaft Aargau 2030](#)

¹⁹ [Energiestrategie - Kanton Aargau](#)

Kantonale Gesetzgebung	Abkürzung	HFI	HFII	HFIII	HFIV	HFV	HFVI	HFVII
Verfassung des Kantons Aargau		•	•	•	•	•	•	•
Aargauer Waldgesetz	AWaG						•	•
Baugesetzgebung	BauG, BauV	•	•	•	•	•	•	•
Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz	NLD			•			•	•
Einführungsgesetzgebung zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässern (insbesondere §§ 10-30)	EG UWR	•	•		•	•	•	
Energiegesetzgebung	EnergieG, EnergieV				•	•		•
Fischereigesetz des Kantons Aargau	AFG			•	•	•	•	•
Kantonale Wassernutzungsgesetzgebung	WnG, WnV, WnD	•	•	•	•	•	•	•
Landwirtschaftsgesetz des Kantons Aargau	LwG AG	•	•			•		•
Strukturverbesserungsverordnung	VSV	•	•			•	•	•
Verordnung über den Vollzug der Bundesgesetzgebung über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	LGgV	•						

Tabelle 4: Kantonale Gesetze und Verordnungen zum Thema Wasser entlang der sieben Handlungsfelder

Kantonale Grundlagen und Umsetzungsinstrumente	Abkürzung	HFI	HFII	HFIII	HFIV	HFV	HFVI	HFVII
Arbeitshilfe «Koordination Oberflächenabfluss» (AfU 2021)				•				•
Bericht Landwirtschaft und Bewässerung im Klimawandel für die Region Bünztal						•		
Bewässerungscharta des Bauernverbands Aargau						•		
Eignungskarte Erdwärme und Tiefengeothermie					•	•		
Elimination von Mikroverunreinigungen auf Abwasserreinigungsanlagen			•					
Fachgrundlage Ökologische Infrastruktur	öIAG						•	•
FKS-Richtlinie für die Löschwasserversorgung	FKS	•						
Gefahren- und Risikokarte Hochwasser sowie Ereigniskataster Naturgefahren				•				•
Genereller Entwässerungsplan	GEP	•	•	•				•
Generelle Wasserversorgungsplanung	GWP	•						
Integrales Risikomanagement				•				
Inventare Naturschutzgebiete							•	
Kantonale Festlegung der Gewässerräume und kommunale Umsetzung							•	
Kantonaler Nutzungsplan zu Grundwasserschutzarealen mit Nutzungsvorschriften			•					

Tabelle 5a: Wichtige kantonale Grundlagen, Instrumente, Strategien, Konzepte und Reglemente zum Thema Wasser (Fortsetzung auf Folgeseite)

Kantonale Grundlagen und Umsetzungsinstrumente	Abkürzung	HFI	HFII	HFIII	HFIV	HFV	HFVI	HFVII
Kantonale Planungsgrundlagen für die Revision der Ortsplanung								•
Kantonaler Richtplan		•	•	•	•	•	•	•
Kantonale Sanierungsplanungen Fischgängigkeit und Geschiebehaushalt, Interkantonale Aareplanung sowie Masterplan Hochrhein							•	
Klimastrategie Kanton Aargau				•	•			•
Konzept Abwasserreinigung			•					
Konzept Monitoring Fließgewässer Aargau (AfU 2021)			•					
Konzept Vollzugsmonitoring Gewässersynthese (HBT 2022)			•					
Leitbild Wasserversorgung (2007, aktuell in Überarbeitung)		•						
Leitfaden hitzeangepasste Siedlungsentwicklung								•
Monitoring Surbtal: Darstellung und Interpretation der Wasserqualitätsmessungen und Belastungsquellen (2025, HBT)			•					
Musterabwasserreglement	MAR		•					•
Musterreglement Grundwasserschutzzonen			•					
Naturschutzprogramm Wald Kanton Aargau							•	•
Nitratreglement			•					
Notfallkonzept: Massnahmen zum Schutz der Krebse und Fische bei Trockenheit und Hitzeperioden (Abteilung Wald 2023)				•			•	•
Projekt Planung Trinkwasserversorgungssicherheit	PTS	•						
Regionale Wasserversorgungsplanungen		•						
Ressourcenprojekt «Slow Water» des BLW mit Kt. BL, BS und LU						•		•
Revitalisierungsplanung Kanton Aargau			•				•	•
Richtlinie Abwasserbewirtschaftung bei Regenwetter (VSA 2019)			•					
Strategie energieAARGAU (2015 + Revision 2025)					•			•
Strategie Landwirtschaft Aargau 2030						•		
Umweltstrategie des Kantons Aargau		•	•			•	•	
Vollzugsmonitoring Oberflächengewässer	VZWM		•					•
Vorgehenskonzept: Zuständigkeit und Vorgehen für Massnahmen des Kantons bei langanhaltender Trockenheit und Wassermangel				•	•	•	•	
Waldbrandpotenzial im Kanton Aargau				•	•	•	•	

Tabelle 5b: Wichtige kantonale Grundlagen, Instrumente, Strategien, Konzepte und Reglemente zum Thema Wasser

2.5 Räumliche Rahmenbedingungen

Da das Wasser an den Kantonsgrenzen und der Landesgrenze nicht Halt macht, ist auch eine Abstimmung mit den Nachbarkantonen und dem Bund erforderlich. Bei grenzüberschreitenden Gewässern bestehen zudem relevante Berührungspunkte mit Deutschland, wobei die Federführung insbesondere bei Kraftwerken beim Bund liegt. Für die Hauptflüsse Aare, Reuss, Limmat und Rhein setzt sich der Kanton Aargau für ein interkantonales Wassermanagement ein. Interkantonale Abstimmungen finden laufend in verschiedenen Themenbereichen statt. Dazu gehören unter anderem Massnahmen zur Stärkung des Wasserrückhalts im Oberlauf von Einzugsgebieten, von denen sowohl der Hochwasserschutz als auch die Wasserkraftnutzung im Kanton Aargau und weitere Unterlieger profitieren.

Der Wasserverbrauch zur Produktion von Gütern (wie Kaffee, Autos oder Elektronikprodukte) im Ausland, die in der Schweiz konsumiert werden, ist nicht Gegenstand der Wasserstrategie.



3. Interessen- abwägung und Priorisierung von Massnahmen

3.1 Umgang mit Zielkonflikten

Rund um die Gewässer bestehen verschiedene berechnete gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Ansprüche, die teilweise im Konflikt zueinander stehen und punktuell auch innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens zu Abgrenzungsfragen führen können (zum Beispiel durch abweichende Vorgaben im Lebensmittel- und Umweltrecht, siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 2.). Diese lassen sich nicht isoliert nach Sektoren lösen, sondern erfordern eine übergeordnete Interessenabwägung. Bei raumwirk-

samen Zielkonflikten ist dies Aufgabe der Raumplanung und der betroffenen Fachstellen. Die kantonale Wasserstrategie dient als fachliche Grundlage und Orientierungshilfe und ersetzt die raumplanerische Abwägung und übliche Interessenabwägungen innerhalb der kantonalen Verwaltung nicht. In der Beilage zur Wasserstrategie sind für die einzelnen Handlungsfelder weitere Ausführungen zu den wichtigsten Zielkonflikten aufgeführt.

3.2 Grundsatz «Vorbeugen vor Bewältigen»

Klimawandel und Bevölkerungswachstum beeinflussen die Wasserverfügbarkeit im Kanton Aargau bereits heute und können künftig zu saisonalen Engpässen führen. Entsprechend rücken Fragen der Priorisierung und Interessenabwägung stärker in den Vordergrund.

Die Wasserstrategie legt keine fixe Rangfolge für Wassernutzungen fest, sondern setzt den **Schwerpunkt auf präventive Massnahmen**, um Wasserknappheit möglichst zu vermeiden und die Auswirkungen von Starkniederschlägen zu mildern. Nur wenn diese Massnahmen nicht ausreichen, sind situative Bewältigungsmassnahmen erforderlich, die eine Priorisierung der Wassernutzung nötig machen. Dieses Vorgehen folgt dem Grundsatz des integralen Risikomanagements²⁰, bei dem Hitze, Trockenheit sowie Starkniederschläge und Hochwasser als relevante Naturgefahren behandelt werden.

Während für den Umgang mit Starkniederschlägen und Hochwasser im Kanton Aargau bereits etablierte Grundlagen, Instrumente und Massnahmen bestehen²¹, stellt der Umgang mit Trockenheit und Wasserknappheit eine vergleichsweise neue Herausforderung dar²². Vor diesem Hintergrund legt die Wasserstrategie in diesem Grundsatz den Schwerpunkt auf die Priorisierung von Massnahmen für Situationen knapper Wasserverfügbarkeit infolge von Hitze und Trockenheit (siehe Abbildung 5). Die Priorisierung erfolgt danach, inwiefern die Massnahmen dazu beitragen, den Wasserkreislauf langfristig für versorgungsrelevante Bereiche resilienter zu machen, natürliche Funktionen zu stärken und die Anfälligkeit gegenüber Wasserknappheit zu reduzieren.

- I. **Vorbeugen** durch vorsorgliche Planung und nachhaltige Bewirtschaftung
- II. **Bewältigen** bei unvermeidbarer Knappheit

²⁰ Integrales Risikomanagement (BAFU)

²¹ Hochwasserschutzmassnahmen Kanton Aargau, Gefahren- und Risikokarte Hochwasser; Controllingbericht Hochwassermanagement Kanton Aargau 2025

²² Ecoplan; Sofies-Emac (2020): Landwirtschaft und Bewässerung im Klimawandel – Anpassung als Chance! Strategie (Bericht II) für die Region Bünztal. Auftraggeber: Kanton Aargau, ALG. Bern.; SRF-Beitrag «Wasser wird knapper»; Grundlagenbericht WRM-Kantone 2025

3.3 Erste Priorität: Präventive Stabilisierung und funktionale Stärkung der wasserrelevanten Grundlagen

Erste Priorität haben präventive Massnahmen, die einen direkten oder strukturellen Beitrag zur Versorgungssicherheit wichtiger Bereiche wie Trinkwasser, Lebensmittelproduktion, Gesundheitswesen und Energieversorgung sowie zur langfristigen Funktionsfähigkeit des Wasserkreislaufs leisten. Dazu zählen sowohl **bereits bestehende und etablierte technische Infrastrukturen**, die sofort wirken, als auch **multifunktionale, naturbasierte Ansätze**, die den Wasserkreislauf langfristig resilienter gestalten, die Anfälligkeit gegenüber Wasserknappheit infolge von Hitze und Trockenheit reduzieren und gleichzeitig Starkregenereignisse puffern. Im Vordergrund stehen der **Unterhalt und die Optimierung bestehender Infrastrukturen** sowie **effiziente Speicher-, Nutzungs- und Verteilstrukturen**, die bewährt, rasch umsetzbar und wirtschaftlich effizient sind. Sie reduzieren Risiken frühzeitig und schaffen die Grundlage für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen (siehe Abbildung 5). Auch die **Verbesserung der Bodenqualität** im landwirtschaftlich geprägten Raum kann eine zentrale Präventionsmassnahme sein, da qualitativ hochwertige Böden die Infiltrationsleistung und Wasserspeicherung erhöhen, dadurch den Wasserhaushalt stabilisieren, den Bewässerungsbedarf in Trockenperioden reduzieren und gleichzeitig Oberflächenabfluss, Hochwasserrisiken sowie Bodenerosion bei Starkniederschlägen verringern.

Naturbasierte, multifunktionale Massnahmen tragen – auch wenn ihre Wirkung teilweise zeitverzögert einsetzt – langfristig zur Versorgungssicherheit, Hochwasser- und Trockenheitsvorsorge, ökologischen Qualität sowie zur Erholungsnutzung bei. Durch ihre Multifunktionalität erzielen sie einen besonders hohen Gesamtnutzen und werden in der Priorisierung entsprechend gewichtet. Zu den besonders wirksamen naturbasierten Massnahmen zählen der **Erhalt und die Stärkung natürlicher Wasserspeicher** wie des Grundwassers, Massnahmen zur **Stabilisierung des Bodenwasserhaushalts**, Schwammstadt- und Schwammlandschafts-Massnahmen, die Schaffung neuer Feuchtgebiete sowie die Revitalisierung von Gewässern und Quellen (siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 5 und 7).

Ebenfalls prioritär sind Massnahmen zur **Erhöhung der Resilienz der Gewässerökosysteme**. Eine gute Wasserqualität ist dabei die zentrale Voraussetzung für die langfristige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sowie für den Erhalt der Biodiversität und der Ökosystemleistungen (siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 1, 2 und 6).

Die Massnahmen der ersten Priorität bilden die **Basis für eine nachhaltige Wasserversorgung** und für eine robuste Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen (Hitze, Trockenheit und Starkniederschläge). Aufbauend darauf folgt die **zweite Priorität**, in der die Wasserinfrastruktur gezielt angepasst, erweitert und vernetzt wird. Erst im Anschluss kommen **situative Bewältigungsmassnahmen** zum Einsatz, wenn trotz Vorsorge ein Restrisiko für Wasserknappheit besteht.

3.4 Zweite Priorität: Anpassung und Ausbau der Infrastruktur

Die zweite Priorität umfasst Massnahmen, die bestehende Strukturen systematisch erweitern und an zukünftige Anforderungen anpassen. Sie erhöhen die **Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Vernetzung** der Wasserinfrastruktur und tragen zur langfristigen Versorgungssicherheit bei (siehe Abbildung 5). Dazu zählen der Ausbau und die Vernetzung von Speicher- und Verteilinfrastrukturen für die Wasserversorgung (siehe Beilage

zur Wasserstrategie, Kapitel 1) und die landwirtschaftlichen Wasserinfrastrukturen (siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 5). Die Umsetzung erfolgt zielgerichtet und abgestimmt auf die regionalen Gegebenheiten. Die Grundlage ist stets eine Bedarfsermittlung sowie die Prüfung der ökologischen Tragbarkeit, um die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen sicherzustellen.

3.5 Dritte Priorität: Bewältigung bei Extremwetterereignissen

Trotz Vorsorge bleibt ein Restrisiko für Wasserknappheit. In diesem Fall kommen **Bewältigungskonzepte** zum Einsatz. Die Warnstufen des Bundes dienen als Orientierung, zusätzlich zur kontinuierlichen Lagebeobachtung des Kantons²³. Je nach Dringlichkeit ergreift der Kanton kaskadenartige Massnahmen, die flexibel auf die jeweilige Situation abgestimmt sind. Dieses Vorgehen folgt dem Prinzip einer **situativen Governance**, bei der Steuerung und Koordination eigenverantwortlich und abgestimmt auf die jeweilige Lage erfolgen (siehe Abbildung 5).

Massnahmen umfassen die Priorisierung und gegebenenfalls Einschränkung von Wassernutzungen sowie spezifische Schutzmassnahmen für aquatische Ökosysteme. Für Oberflächengewässer hat der Kanton in den letzten Jahren bereits solche Konzepte entwickelt und überprüft, welche sich bewährt haben²⁴. Sie werden bei Bedarf im Rahmen der Wasserstrategie weiterentwickelt. Für das Trinkwasser und Grundwasser fehlen bislang Instrumente zur Bewältigung. Für die Trinkwasserversorgung ist vorgesehen, dass die Wasserversorgungsregionen Interventionskonzepte entwickeln, welche unter anderem die Wasser-

verteilung und Priorisierungsfragen in der Region in einem solchen Fall regeln (siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 3). Um auch für eine mehrjährige Trockenperiode vorbereitet zu sein, erarbeitet der Kanton zudem ein Interventionskonzept für den Ereignisfall einer Grundwassermangellage (siehe Beilage zur Wasserstrategie, Kapitel 3). Die Priorisierung bewegt sich dabei immer innerhalb der gesetzlichen Vorgaben und es kommen verschiedene Kriterien zur Anwendung²⁵. Dabei haben versorgungsrelevante Bereiche wie die Trinkwasserversorgung, die Lebensmittelproduktion, das Gesundheitswesen und die Energieversorgung Priorität. Dem Schutz der Ökosysteme wird in einer Interessenabwägung situativ Rechnung getragen.

²³ [Nationale Trockenheitsplattform](#)

²⁴ ALG (2022), Vorgehenskonzept. Zuständigkeiten und Vorgehen für Massnahmen des Kantons bei langanhaltender Trockenheit und Wassermangel. [Abteilung Wald \(2023\), Massnahmen zum Schutz der Krebse und Fische bei Trockenheit und Hitzeperioden.](#)

²⁵ Für Kriterien siehe zum Beispiel Dübendorfer et al. (2015), Umgang mit Wasserressourcen in Ausnahmesituationen.

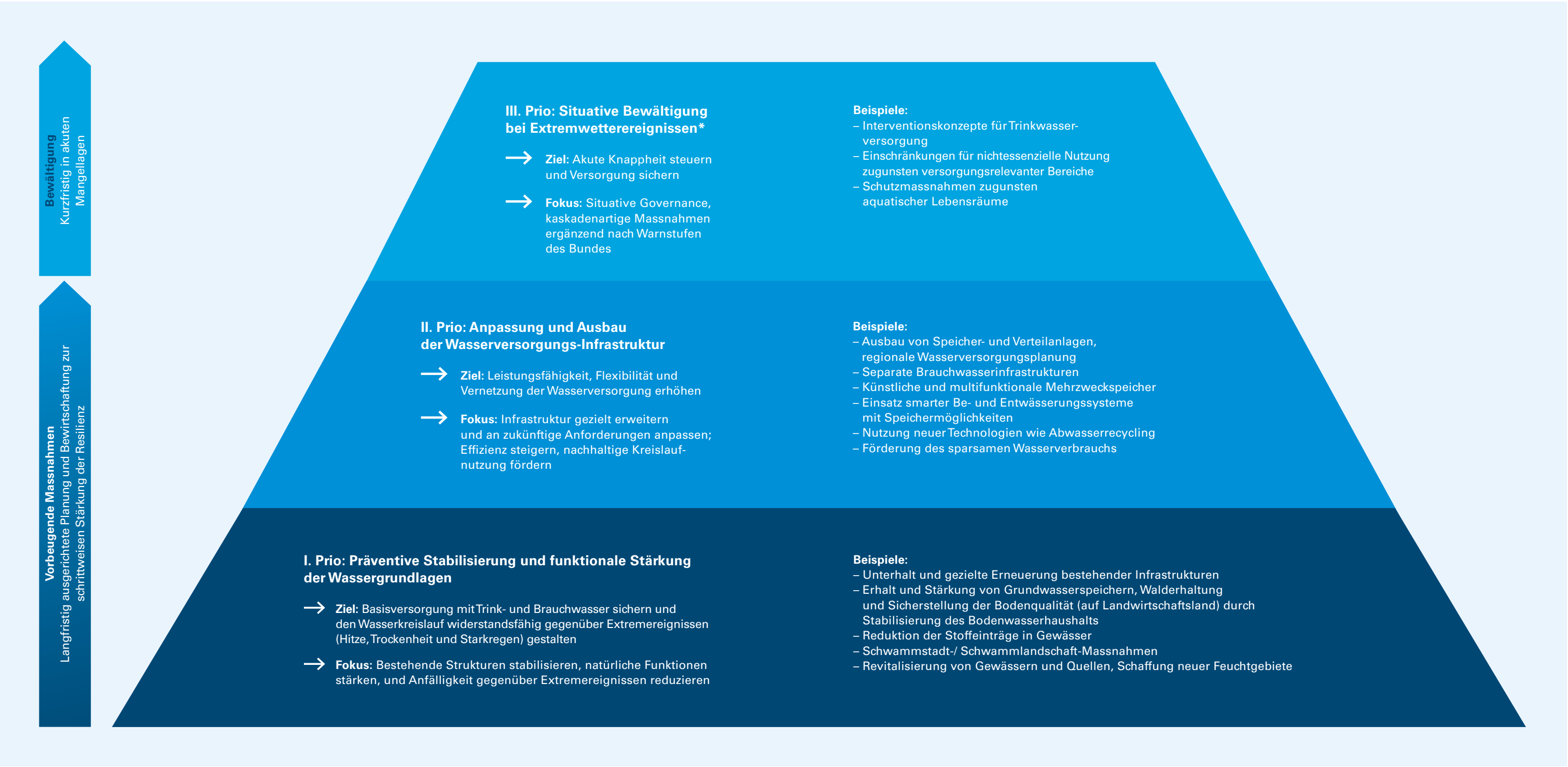


Abbildung 5: Prioritäten zur Umsetzung von Massnahmen, um die multifunktionale Nutzung der Ressource Wasser zu verbessern und Knappheitssituationen so weit wie möglich zu vermeiden. Das Fundament bilden präventive Massnahmen wie der Unterhalt und die Optimierung bestehender Infrastrukturen sowie naturbasierte, multifunktionale Lösungen zur Stärkung der Resilienz des Wasserkreislaufs. Darauf aufbauend folgt die gezielte Anpassung und Vernetzung der Wasserinfrastruktur. Wenn diese nicht ausreichen, werden Massnahmen an Infrastruktur, Verteilung und Nutzung ausgebaut. Erst in dritter Priorität erfolgen Massnahmen zur Bewältigung von Trockenheit und Wasserknappheit, auch in Bezug auf die Governance (Neubeurteilung der Zuständigkeit in Krisensituationen).

*Für Hochwasser bestehen im Kanton Aargau bereits etablierte Grundlagen und Massnahmen ²⁶. Die Wasserstrategie legt daher bei der Bewältigung den Schwerpunkt auf den Umgang mit zunehmender Trockenheit und Wasserknappheit.

²⁶ Controllingbericht Hochwassermanagement Kanton Aargau 2025

4. Umsetzung

4.1 Zielvorgaben

Der Regierungsrat verfolgt mit der kantonalen Wasserstrategie das Ziel, im Kanton Aargau einen ganzheitlichen und verantwortungsvollen Umgang mit der begrenzten Ressource Wasser sicherzustellen und dabei die versorgungsrelevanten Bereiche in besonderem Masse zu berücksichtigen. Damit sollen die Funktionen des Wassers als Lebensgrundlage, wirtschaftlicher Produktionsfaktor und ökologischer Lebensraum langfristig erhalten und wasserbedingte Risiken bei zu viel oder zu wenig Wasser proaktiv gemindert werden.

Die Zielsetzungen der Wasserstrategie sind überwiegend qualitativer Natur. Sie geben eine klare strategische Richtung vor, ohne quantitative Zwischenziele festzulegen. Der Fortschritt ergibt sich aus der kohärenten Ausrichtung der Grundlagen und Vollzugsinstrumente sowie aus der koordinierten Umsetzung durch Bund, Kanton, Gemeinden und weitere Akteure.

4.2 Finanzierung der Massnahmen

Für die Finanzierung von Massnahmen im Zusammenhang mit der Wasserstrategie stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung. Die finanziellen Mittel werden in den zuständigen Aufgabenbereichen budgetiert und im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ausgewiesen. Für mehrjährige Vorhaben werden die entsprechenden Verpflichtungskredite beim Regierungsrat respektive dem Grossen Rat beantragt.

4.3 Partizipation und Zusammenarbeit

Für eine zukunftsfähige und verantwortungsvolle Wassernutzung ist der Austausch mit verschiedenen Verantwortlichen zentral. Der Kanton arbeitet dabei partnerschaftlich mit Gemeinden, Wirtschaft, Fachstellen und weiteren Anspruchsgruppen zusammen, um praktikable und ausgewogene Lösungen zu entwickeln.

Betroffene Akteurinnen und Akteure werden aktiv in die Umsetzung der Wasserstrategie einbezogen. Ihre Verantwortlichkeiten, Bedürfnisse und möglichen Beiträge werden erfasst und fliessen in die laufende Weiterentwicklung der Strategie ein.

4.4 Berichterstattung

Mit dem öffentlich zugänglichen Massnahmenplan, der im zweiten Teil der Wasserstrategie erarbeitet wird, legt der Kanton gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik Rechenschaft über die Aktivitäten im Bereich Wasser ab. Um einen Überblick über den Stand der Umsetzung der Massnahmen zu erhalten, werden pro Massnahme Indikatoren festgelegt und es wird ein einfaches Monitoringsystem aufgebaut. Zusätzlich berichtet der Regierungsrat alle vier Jahre dem Grossen Rat über den Fortschritt und die Wirkung der Strategie.



5. Anhang: Entwicklungen, Chancen und Risiken für das Wasser- management

Entwicklungen	Chancen	Risiken
Klimawandel	– Der Klimawandel erhöht den Handlungsdruck für vorausschauende, ganzheitliche Lösungen	– Mehr und heftigere Starkniederschläge und gleichzeitig extremere Hitze und trockenere Sommer – Grössere saisonale Schwankungen im Wasserhaushalt durch Veränderungen im Niederschlagsregime – Steigende Wassertemperaturen in Oberflächengewässern und veränderte Abflüsse beeinflussen die Lebensbedingungen und Lebensraumverfügbarkeit für einheimische Artengemeinschaften – Gewährleistung der Versorgungssicherheit von Trinkwasser und Energie wird schwieriger – Versiegelte Böden verhindern Wasserspeicherung und verstärken den Oberflächenabfluss – Anpassungsmassnahmen wirken langsamer als der fortschreitende Klimawandel oder ihr Nutzen ist schwer nachweisbar
Bevölkerungswachstum	– Fortschreitendens Bevölkerungswachstum erhöht die Notwendigkeit von multifunktionalen Lösungen	– Zunehmender Wasserbedarf – Zunehmender Druck auf Raum → sich verschärfende Flächenkonflikte – Zunehmender Energiebedarf
Wirtschaftsstruktur	– Starke Wirtschaft hilft, den Unterhalt und Ausbau der Infrastrukturen effizient zu gewährleisten – Innovative Entwicklungen /Technologien – Blau-grüne Standortqualitäten gewinnen für Kundinnen und Kunden sowie Arbeitnehmende an Bedeutung	– Steigender Nutzungsdruck auf die Gewässer
Raumnutzung	– Anwendung des Schwammstadt-Prinzips – Multifunktionalität von Sickermulden für die Klimaanpassung, Biodiversität, Wasserhaushalt – Überkommunale Zusammenarbeit – Wasser als verbindendes Element. z.B. «Slow Water» verbindet Landwirtschaft und Umweltthemen	– Steigende Nutzungskonkurrenz – Fehlende freie Fläche für Retention – Der Platzbedarf von Bauten wird meist nur zweidimensional abgebildet. Der Flächenbedarf bei Einbauten ins Grundwasser müsste dreidimensional betrachtet werden. – Negative Eingriffe ins Siedlungs-/Ortsbild sowie Landschaftsbild – Standortgebundenheit vieler Massnahmen
Biodiversitätsverlust	– Synergien zwischen Biodiversitätsförderung und Hochwasserschutz nutzen	– Beeinträchtigung der Ökosystemleistungen aufgrund Klimawandel, Biodiversitätsverlust sowie Bevölkerungswachstum – Biodiversitätsverlust: Verlust von Feuchtlebensräumen sowie zunehmende Belastung von Lebensräumen durch Mikroverunreinigungen, Veränderungen der Artenzusammensetzung und invasive gebietsfremde Arten
Gesellschaftsentwicklung	– Steigendes Bedürfnis nach mehr blau-grüner Infrastruktur – Hohes Bewusstsein der Bevölkerung für Klimawandel – Verändertes Ernährungsverhalten (reduzierter Fleischkonsum kann Flächenbedarf der Landwirtschaft reduzieren)	– Individualisierung – Gesellschaftliche Entfremdung durch Digitalisierung (alles wird virtuell) – Verändertes Ernährungsverhalten (im Gemüse und Ackerbau ist die Nitratproblematik besonders gross) – Fachkräftemangel: Fehlende Ressourcen und Know-How zur Planung und Umsetzung der Massnahmen

Megatrend	Chancen	Risiken
Gesunde Ernährung	– Förderung einer regionalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion unter ressourcenschonendem Wasserverbrauch	– Kontamination von Gewässern durch Rückstände von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Arzneimitteln aus der Lebensmittelproduktion und sowie PFAS
Versorgung mit erneuerbarer Energie	– Ausbau der Photovoltaik kann thermische Nutzung der Gewässer für Kühlzwecke im Sommer ersetzen	– Druck zum weiteren Ausbau der Wasserkraft auf Kosten der aquatischen Lebensgemeinschaften
Spurenstoffe	– Verbesserte Analytik von Spurenstoffen führt zu Nachweis von schädlichen Einwirkungen, wodurch der Einsatz von bestimmten Stoffen gesenkt / eingeschränkt werden kann	– Industriechemikalien, Medikamente, Pestizide und Mikroplastik in geringen Mengen haben bereits grosse Auswirkungen – Mikrobielle Belastung in Oberflächengewässern bei steigenden Temperaturen – Auch weitere schwer abbaubare Arzneimittelrückstände können mit Risiken verbunden sein. Antibiotika und weitere schwer abbaubare Arzneimittelrückstände verbleiben als Spurenstoffe im Abwasser, da sie durch die vierte Klärstufe nicht vollständig eliminiert werden und stellen weiterhin ein Risiko dar
Digitalisierung	– Verfügbarkeit von Informationen erlaubt präventive Massnahmen (z. B. mit neuer Vermessung Hochwasserereignisse genauer bestimmen)	– Risiko der Angreifbarkeit, z. B. bei Wasserkraftwerken
Gesundheitsschutz und Hygiene	– Erhöhtes Gesundheitsrisiko für vulnerable Bevölkerungsgruppen bei Hitze unterstreicht den Bedarf an wirksamer blau-grüner Umgebungsgestaltung	– Gesundheitsgefährdende Rückstände im Grund- und Trinkwasser



